

SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

(Antrag Nr. 1016/2009)

Eingereicht am 30.04.2009 um 11:08 Uhr.

Ratsversammlung

Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu einer Resolution "Keine Einführung des 12 Jahre Abiturs an IGSen

Antrag

Die Landesregierung hat im Februar 2009 verkündet, sie plane eine Veränderung des Schulgesetzes und der Grundsatzerteile mit dem Ziel, ab dem 1. August 2010 an Integrierten Gesamtschulen das Abitur in einem achtjährigen Bildungsgang verpflichtend einzuführen.

Die Auswirkung der Schulzeitverkürzung für einen Teil der Schülerschaft der Gesamtschulen liegt auf der Hand. Die integrierte Sekundarstufe I wird zerstört. Die Anhebung der Wochenstundenzahl in den Jahrgängen 5 bis 10 bedeutet, dass ein gemeinsamer Unterricht, das bisherige Differenzierungsmodell ab Klasse 7 auf zwei Leistungsniveaus und der bisher bestehende Wahlpflichtbereich nicht mehr existieren können. Wenn die Schüler/innen des gymnasialen Bildungsgangs separiert werden, ist die Abtrennung der „Realschüler/innen“ von den „Hauptschüler/innen“ vorprogrammiert.

- Die Integrierte Sekundarstufe I ist der Kern der IGS. Ihre Zerstörung bedeutet die Zerschlagung der Schulform Integrierte Gesamtschule.
- Integrierte Gesamtschulen bieten Eltern und Schüler/innen eine Alternative zum gegliederten Schulsystem, die für viele Kinder und Jugendliche den Weg zum Abitur öffnet, da sie sich konkret für diesen Weg entschieden haben, z.B. Kinder die mehr Lernzeit benötigen, Kinder mit Migrationshintergrund, Kinder aus bildungsferneren Schichten, Kinder mit Teilleistungsschwächen.
- Integrierte Gesamtschulen ermöglichen vielen Kindern und Jugendlichen einen höheren Bildungsabschluss zu erwerben, als ihnen nach den Grundschulempfehlungen zugetraut wurde.
- Integrierte Gesamtschulen haben sich als Reformschulen entwickelt, die den gewandelten Bildungsansprüchen vieler Eltern entsprechen.
- Die Errichtung Integrierter Gesamtschulen bietet unter den Bedingungen des drastischen Schülerrückgangs in den kommenden Jahren für viele Schulträger die Möglichkeit ein vollständiges Bildungsangebot in der Region vor Ort aufrecht zu erhalten.

Unsere Forderungen:

- Wir fordern die niedersächsische Landesregierung auf, die geplante Verkürzung der Schulzeit an der IGS auf acht Jahre bis zum Abitur unverzüglich zurückzunehmen! Stattdessen soll der Wunsch der Eltern ernst genommen werden, dass das Angebot, Abitur weiterhin nach 13 Jahren, erhalten bleibt!

- Wir fordern, dass die Landesregierung den Elternwillen respektiert und bestehenden und geplanten Gesamtschulen keine Steine in den Weg legt, sondern sie in der bewährten Form als gebundene Ganztagschulen mit langem, gemeinsamen Lernen arbeiten lässt!
- Wir fordern die niedersächsische Landesregierung auf, die vorgeschriebene Fünf-Zügigkeit für neu einzurichtende Gesamtschulen in Niedersachsen umgehend zurück zu nehmen!
- Wir fordern die niedersächsische Landesregierung auf, die frühzeitige Selektion der Kinder zu verhindern und eine bestmögliche individuelle Entwicklung von jedem Kind zu fördern. Kein Kind darf zurückbleiben!

GEMEINSAM SIND WIR BESSER!

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

Hannover / 30.04.2009